

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Seiten frei ins Haus monatlich 60.00 Mark. Bestellungen nehmen die Postämter und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erhältlich auch in den Fernsprech-Anschluß Nr. 33. Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Abgabezeitpunkt für die Abgabezeitpunkte: Bestellschluss für den Monat 10. d. M., für den nächsten Monat 10. d. M., für den übernächsten Monat 10. d. M. Bei größeren Abnahmen entsprechende Rabatte.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 210

Freitag, den 8. September 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Die nächste Sitzung des sächsischen Landtages findet am 14. d. M. mittags 12 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die zweite Beratung über die Regierungsvorlage über das Volksbegehren wegen Auflösung des Landtages mit den dazugehörigen Anträgen.

Der neue Reichsbankausweis zeigt eine neue Rekordsteigerung des Zahlungsmittel-Umlaufs.

Der Dollarkurs notierte heute vor mittag in Berlin mit 1375.

### Weitgehende belgische Forderungen.

#### Die Fortsetzung der deutsch-belgischen Verhandlungen.

Im Laufe des gestrigen Tages wurden in Berlin die Verhandlungen mit den Belgiern fortgesetzt. So leicht und einfach, wie von einigen Seiten verstanden worden war, gestalteten sich die Verhandlungen nicht. Gestern war nur noch davon die Rede, daß sie einen günstigen Verlauf zu nehmen scheinen. Es ist eine große Reihe einzelner Vorschläge zu beraten. Die Belgier sollen mit einigen recht weitgehenden Forderungen gekommen sein. Deutscherseits wird darauf Gewicht gelegt, daß die Lauffrist der Schatzwechsel verlängert wird und daß sich die Garantie nicht auf Einzelwechsel, sondern auf die Gesamtheit erstreckt.

Die Voss. Zig. schreibt: Gewiß ist, daß auf beiden Seiten nicht daran gedacht wird, lediglich Schatzwechsel für die beiden Raten vom 15. August und 15. September zu geben bzw. anzunehmen, sondern daß über die Gesamtverbindlichkeiten bis Ende 1922, d. h. also über die Gesamtsumme von 270 Millionen Goldmark, verhandelt wird. Von vornherein scheidet aus, daß diese Summe durch ein Depot aus dem Goldbestande der Reichsbank sichergestellt wird. Dazu hat sich die deutsche Regierung außerstande erklärt, und darauf besteht, wie aus Erklärungen Bismarcks geschlossen wird, auch die belgischen Unterhändler nicht. Wenn überhaupt eine Garantie der Reichsbank in Frage käme, würde sie sich nur in den allerbescheidensten Grenzen halten. Es ist in bezug auf andere Möglichkeiten von einer Mitwirkung der englischen Finanzwelt die Rede gewesen, und man hat sich auf Londoner Gerüchte über Besprechungen Bergmanns bezogen. Nach den Andeutungen Bergmanns muß man annehmen, daß die englischen Banken vermutlich nicht ohne Zustimmung der englischen Regierung sich unter gewissen Voraussetzungen bereit finden werden, einen Teil der Schatzwechsel zu diskontieren, so daß sich jene Summe, welche die deutsche Regierung zu beschaffen hätte, vielleicht um ein Erhebliches verringern dürfte.

Die Berliner Verhandlungen sind ebenso wie die im Kreise der Reparationskommission nur vorbereitende Akte für die Brüsseler Finanzkonferenz, auf der das ganze Reparationsproblem neuerlich zur Diskussion gestellt werden soll. Nicht darauf kommt es an, für einige Wochen oder Monate die akutesten Schwierigkeiten hinwegzukommen, sondern darauf, die ganze Reparationsfrage von Grund aus umzugestalten. Es wird damit gerechnet, daß die Verhandlungen mindestens drei Tage in Anspruch nehmen werden.

#### Die Goldabgabe an Belgien.

Nach einer Meldung des Berliner Berichterstatters des Temps heißt es, die Frage der Goldabgabe an Belgien werde in zufriedenstellender Weise entschieden werden. Man hofft, sich auf eine Form einigen zu können, wonach Deutschland bei Einlösung von Schatzwechseln das Verfügungsrecht über die Golddeckung zurückerhalte.

### Im Zeichen des Stinnes-Vertrages.

#### Eine Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich.

In einer Unterredung mit Marcel Gutin, die im Echo de Paris veröffentlicht wird, erklärte der Minister für die besetzten Gebiete, daß die diesjährige Anwendung des Abkommens Bismarck-Gillet in vollem Umfang zufriedenstellend sei. Bezüglich der Abtretung deutscher Kohlen, die Stinnes verlangt, erklärte der Minister, daß er den Standpunkt der französischen Regierung in dem Briefe an Dubsac festgelegt habe, worin er den Gedanken gut-

heiße, deutsche Kohle an die Genossenschaft abzutreten, die sie ihrerseits wieder deutschen Lieferanten überlasse unter der strikten Bedingung, daß Deutschland quantitativ und qualitativ das Programm der Reparationen in vollem Umfang ausführt. Es sei übrigens selbstverständlich, daß derartige Bestellungen nur nach vollkommener Befriedigung der eigenen französischen Bedürfnisse ins Auge gefaßt werden könnten. Der Minister betonte noch, daß es sich bei dem Vertrag nicht um ein Monopol bei einem der Abschließenden handelt.

Ueber die politische Bedeutung des Vertrages erklärte der Minister: Ich erwarte, daß Deutschland sich ans Werk macht. Es ist ganz sicher, wenn Stinnes und die deutschen Großindustriellen zu begreifen anfangen, daß es ebenso ihr Interesse wie das ihres Landes ist, endlich aus der Lage herauszukommen, welche die Rückzahlung der Reparationen schafft, daß daraus sich nur eine Entspannung zwischen den beiden Ländern ergeben wird, die für Frankreich wie für Deutschland nützlich ist. Denn was wollen wir? Wiederaufbau unserer Ruinen und Bezahlung unserer Forderungen, ohne welche die Franzosen und Frankreich nicht mehr auf die Beine kommen können. Niemand wird Frankreich den Vorwurf machen können, daß es Deutschland nicht alle Zahlungsmittel anbietet, deren Anwendung seine wirtschaftlichen Hilfsquellen ihm gestattet. In Deutschland liegt es, seinen guten Willen zu beweisen.

#### Warum der Stinnesvertrag geschlossen wurde.

Der Kammerausschuß zur Frage der Sachlieferungen erklärte sich von der Sachlage befriedigt. Hinsichtlich Artikel 4 des Stinnes-Vertrages, der die Kohlenlieferungen betrifft, wurde festgestellt, daß die Dubsac im Einvernehmen mit der französischen Regierung geschlossen hat. Dubsac selbst hat der Presse erklärt, die französische Regierung stimme dem Grundgedanken des Abkommens bei. Die Einwände, daß die Lieferungen eventuell der französischen Industrie schaden könnten, weist Dubsac zurück mit dem Bemerkung, daß, wenn Deutschland nur Barzahlungen leisten müßte, es gezwungen sei, fremde Devisen zu kaufen, die es sich nur durch Vermehrung seines Exports beschaffen könne, der dann zu furchtbaren Kämpfen gegen die französische Industrie und den französischen Export führen müßte. Man habe auch die spitzwinklige Vermittlungsgebühr kritisiert, die den Deutschen zugestanden worden sei, aber — das betonte Dubsac — Stinnes habe keine Verantwortung, umsonst zu arbeiten. Wir haben ein Geschäft gemacht, und das ist alles, schloß er seine Ausführungen. — Die Pariser Blätter äußern sich über das Abkommen Dubsac-Stinnes in der Mehrzahl sehr günstig.

#### Widerstreben in den zerstörten Gebieten.

Der Temps meldet aus Lille: Die Gewerkschaften in den Wiederaufbaudepartements verharren in der Ablehnung der industriellen Baupläne Deutschlands in Nordfrankreich. Der Gewerkschaftsbund in den Wiederaufbaudepartements erklärt im Progres du Nord in Lille eine Gegenklärung in der die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Nordfrankreichs aufgefodert wird, die Durchführung der Baupläne des deutschen Kapitalismus unmöglich zu machen und zu verhindern. Es wird ein Bauplan entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften verlangt.

#### Ein neues Zeitalter durch den Stinnesvertrag.

Paris schreibt über den Vertrag mit Stinnes, ein neues Zeitalter werde in der Anwendung des Versailler Vertrages durch ihn eingeleitet. Was an der Sache neu sei, sei der kaufmännische Vertrag, der von beiden Seiten frei abgeschlossen wurde mit Zustimmung der beiden Regierungen, aber ohne Eingreifen der beiden Staaten. Sowohl Deutschland wie Frankreich wären durchaus nicht geneigt gewesen, ein industrielles und kaufmännisches Unternehmen in diesem Umfang zu Ende zu führen. Wenn die Geschäftswelt, die Handels- und Industriewelt die Interessen der beiden Nationen in fester Weise mit Hilfe der Zeit miteinander verknüpft haben wird, dann wird die moralische Entschlossenheit dem folgen können. Geschäftsleute sind es, die über den Abgrund, welchen der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich geschaffen hat, die erste Brücke geworfen haben.

#### Die unberechtigte Teuerung.

#### Der Wucher als Schrittmacher der Zwangswirtschaft.

Im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages fand am Mittwoch eine große Debatte über die wirt-

schaftliche Lage Deutschlands und damit über die schweren Krankheitsercheinungen unseres wirtschaftlichen Lebens statt. Die Debatte wurde vom Reichswirtschaftsminister Schmidt mit einer erschütternden Schilderung der gegenwärtigen Zerrüttung des deutschen Wirtschaftslebens eingeleitet. Die Arbeitslosigkeit sei zwar so gering, wie kaum jemals zuvor; in einigen Berufen bestrehe sogar ein Mangel an Arbeitskräften, insbesondere im Bergbau, doch machen sich gleichzeitig drohende Krankheitsercheinungen bemerkbar. Industrie und Handel litten an Kapitalmangel. Der Großhandel und der Export litten darüber, keine Kalkulationen aufstellen zu können, weil sie in der Preisbestimmung der Willkür der Lieferanten überantwortet seien. Es mache sich eine immer mehr überhandnehmende Fakturierung in ausländischer Valuta breit, auch bei Waren, die nur aus inländischen Rohstoffen hergestellt werden. Alle diese Erscheinungen seien eine Folge des ungeheuren Marksturzes. Der Vorgang erinnere an Oesterreich, wo eine vollständige Zerrüttung der Währung eingetreten sei. Wenn jetzt auch Löhne und Gehälter in ausländischer Währung festgesetzt werden, so wäre das

#### ein Zustand fürchterlichster Art.

Dagegen mit einem Verbot, in fremder Währung abzuschließen und zu zahlen, würde wirkungslos bleiben. Wenn die Berechnung in fremder Währung, die Zahlung aber in deutscher Währung erfolgte, so würde die ganze Bevölkerung auf ein Sinken der Mark spekulieren. Der Reichswirtschaftsminister bewies dann, wie unberechtigt gewisse inländische Erzeugnisse in ihren Preisen mit dem Steigen der ausländischen Devisen mitsinken. So sei der Weizenpreis an der Berliner Börse am 30. Juni 1918 936 Mark gewesen, am 31. August 3200 Mark. Ebensovientig sei das Steigen der Preise für Kartoffeln, für Butter und Milch berechnet. Dasselbe Erscheinung sei in der Industrie. Gießerarbeiten sei um das 32fache, andere Sorten um das 362fache erhöht, also

#### Aber den Stand des Dollars weit hinaus.

Dabei sei eine neue Steigerung wegen Erhöhung der Kohlenpreise in Aussicht. Der Nahrungsmittelpreis habe im Juni 14 Mark betragen, am 7. August 124 Mark, am 21. August 171 Mark, jetzt 295 Mark, ungefahr das 20fache des Friedenspreises, während der Baumwollpreis nur auf das Sechshundertfache bis Siebenhundertfache hinausgegangen sei. Er habe in seinem Ministerium den Auftrag gegeben, zu prüfen, ob gegen das Nahrungsmittelsyndikat nicht wegen Wuchers vorzugehen sei. Besonders eingehend beschäftigte sich der Minister mit der Gefahr der weiteren Verteuerung des Druckpapiers und der dadurch

#### verschärften Notlage der Zeitungen.

Der Kilopreis würde von 28 Mark auf etwa 84 Mark erhöht werden, dann würde ein Bogen Papier etwa 1,30 Mark kosten, der tägliche Bedarf von vier Bogen also über 5 Mark. Ein großer Teil der Zeitungen würde dann nicht mehr erscheinen können. Schon heute hätten viele Schichten der Bürger- und Arbeiterkreise die Zeitungen abbestellt. Die Lage werde noch dadurch verschlimmert, daß die Papierfabrikanten ihre Zahlungsbedingungen ganz wesentlich verschärft hätten. Angesichts dieser Mißstände dränge sich die Frage auf, ob der Minister nicht von der Befugnis des Befehls Gebrauch machen und im Interesse der Presse beim Druckpapier zum Teil oder vollständig

#### zur Zwangswirtschaft zurückkehren

solle. Die eigentliche Ursache für die Papierverteuerung seien die ungläublichen Holzpreise. Hier müsse vor allem eingegriffen werden. Der deutsche Außenhandel sei in den ersten sechs Monaten gegenüber 1914 sehr erheblich zurückgegangen. Hier müsse man vor allem die überflüssige Einfuhr droffeln. So hätten wir in diesen sechs Monaten für 2 1/2 Milliarden Tabak, 78 Millionen Zigarren und Zigaretten, 1,2 Milliarden Kaffee, 1,1 Milliarden Obst und Süßfrüchte, 242 Millionen Spirit, 272 Millionen Bier, 477 Millionen Weine, 18 Millionen Eier und 125 Millionen Fleischwaren eingeführt.

#### Die Entwicklung auf dem Kohlenmarkt

habe die schlimmsten Befürchtungen übertrumpft. Gelänge es nicht, zu einer höheren Kohlenförderung zu kommen, so ständen wir, namentlich die Arbeiterschaft, vor ernstlichen Gefahren. Diese Uebelstände könnten nur gehoben werden, wenn wir im Bergbau zu größeren Leistungen kämen, sei es technisch, sei es durch größere Ueberflüssen. Die Kohlenlage sei für die ganze Wirtschaft verheerend, wenn in der Arbeiterschaft nicht mehr verständnis Platz greife und die unvernünftige und unverständliche Agitation der Kommunisten nicht aufhöre. Zum Schluß betonte der Minister nochmals, daß Erfolge auf dem Gebiete der



Landes ist und begründeter Zweifel besteht, daß es sich auf Haftung vor Gericht stellen und dem Urteile Folge leisten werde.

Die Preissteigerungen! Seit einiger Zeit ist vielfach in den Schaufenstern und in den Läden der Verkaufspreis an den Waren nicht mehr angebracht.

Verordnung über den Kleinen Grenzverkehr. Die vom Ministerium des Innern auf Grund von § 4 der Reichsverordnung vom 10. Juni 1919 zugelassenen Ausnahmen von der allgemeinen Passpflicht werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt.

Neue Erhebungen der Mieten. Wie aus Dresden gemeldet wird, macht das Ministerium des Innern die Gemeindebehörden darauf aufmerksam, daß sich im Laufe der nächsten Monate voraussichtlich eine Erhöhung der Mietmengen für die Rückfälle zur Grundmiete notwendig machen werde.

Von den Auer Lichtspielbühnen.

Carolatheater-Lichtspiele. Ein interessantes Werk lernten wir in dem fünfaktigen Filmdrama: Am roten Riff... kennen, das gestern erstmalig in den Carolatheater-Lichtspielen über die weiße Wand rollte.

Lugau, 7. September.

Zur Ablehnung der Ueberstunde im Lugau-Deisenitzer Steinkohlenrevier. Auf allen Werken des Lugau-Deisenitzer Reviers haben es nun, wie schon kurz gemeldet, die radikalen Elemente, insbesondere Kommunisten und Unionisten, soweit gebracht, daß das Verfahren einer täglichen Ueberstunde mit erdrückender Mehrheit bei geheimer Abstimmung unter den einzelnen Belegschaften abgelehnt wurde.

Blauen, 7. September.

Verschlagnahme Schmutzwaren. Hier sind in letzter Zeit große Warenmengen von verarbeiteten Schmutzwaren dem Postamt ausgeführt worden. Allein gegen zwei der verhafteten Schmuggler sind Strafen von 14 Millionen Mark wegen Zollunterschreitung festgesetzt worden.

Reichenbach i. V., 7. September.

Um dem Mangel an barer Zahlungsmitteln abzuhelfen, werden die hiesigen und umliegenden industriellen Firmen an den nächsten Lohnzahlungen befristete Schecks über je 500 Mark an die Arbeitnehmer mit zur Auszahlung bringen.

Rönigheim, 7. September.

Stillelegung von Wertigkeiten. Verursacht durch die Schwankungen, welche die Bewertung der Mark in den letzten Wochen erfahren hat, läßt eine hiesige große Holzfirma ihr Wert 14 Tage lang stillstehen.

Gerichtssaal.

Bwegen Fällung eines Eisenbahnfahrkarte hatte sich der 51 Jahre alte Kaufmann Curt Walter S. in Raschau zu verantworten. Er hatte sich am 20. Februar d. J. eine Eisenbahnfahrkarte 4. Klasse für die Strecke Raschau-Elbenstock gekauft, hatte sie aber nur bis Aue benutzt und in seinem Besitz behalten.

Es muß 20 Mark Nachschußgebühr bezahlen, noch sich außerdem die Anträge wegen verurteilten Betrugs und schwerer Urkundenfälschung zu, die zu seiner Verurteilung zu einer Woche Gefängnis führte.

Vermischtes.

Keine Verlobung Wilhelms des Zweiten. Der Newyork Herald erhielt auf ein Telegramm, das er nach Schloß Doorn sandte, um eine Bestätigung der Nachricht über die Verlobung des früheren Kaisers zu bekommen, vier Stunden später die Antwort, daß von einer Verlobung nichts bekannt sei.

Ein Anzug 80 000 Mark. Der Vorsitzende der Münchener Schneider-Zwangsgewerkschaft gibt bekannt, daß infolge der plötzlichen 200-prozentigen Steigerung der Stoffpreise und neuer Lohnverhöhungen ein Anzug nicht mehr unter 80 000 Mark zu liefern ist.

Ein Minutentarif hat der Völkische Schutzverband in Ostpreußen aufgestellt. Der Vorsitzende des Verbandes, Herr Dr. H. H. H., hat den Reichstag in der rechten Hand gehalten und die Hochpreisliste den Tod Jesu vorangestellt.

Ein Minutentarif hat der Völkische Schutzverband in Ostpreußen aufgestellt. Der Vorsitzende des Verbandes, Herr Dr. H. H. H., hat den Reichstag in der rechten Hand gehalten und die Hochpreisliste den Tod Jesu vorangestellt.

Letzte Drahtnachrichten.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen.

Berlin, 8. September. Der gestrige Tag hat in den deutsch-belgischen Verhandlungen in der Frage der Garantien für die Schatzwechsel keine weiteren Fortschritte gebracht. Von deutscher Seite soll der Vorschlag gemacht worden sein, die Garantien für die Schatzwechsel durch ein Konsortium zu übernehmen.

Preussische Beschwerde gegen den Reichskanzler.

Berlin, 8. September. Nach einer Korrespondenzmeldung hat das preussische Kabinett sich beim Reichskanzler darüber beschwert, daß wichtige Verhandlungen, bei denen es sich um die Abgrenzung der Rechte der Einzelstaaten handelte, vom Reichskanzler mit Bayern allein geführt worden seien.

Teuerungsunruhen.

Wülshelm a. Ruhr, 8. September. Im Laufe des Vormittags sammelten sich mehrere Truppen Kommunisten in den Straßen der Stadt, um gegen die anhaltende Teuerung zu demonstrieren. Es kam zu Zusammenstößen mit der Schutzpolizei die den Rathausplatz und die Hauptstraßen der Stadt abspernte.

Die Not der Zeitungen.

Berlin, 8. September. Im Reichsrat erklärte Reichswirtschaftsminister Schmidt, der Reichsregierung sei es klar, was es bedeute, wenn jetzt der Papierpreis für die Verleger auf 84 Mark erhöht werde. Das Gesetz gäbe ihr die Möglichkeit, für Holzschliff, Zellstoff und Druckpapier Höchstpreise festzusetzen, wobei natürlich Voraussetzung sei, daß diese Unternehmungen zu einem Zwangs syndikat zusammengefaßt werden.

Arbeitslohn bei den französischen Eisenbahnen.

Paris, 8. September. Wie die Agence Havas mitteilt, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten im Kabinett eine Dekret über den Arbeitstag bei den Eisenbahnen unterbreitet. Durch Einführung von bezahlten Ueberstunden soll es möglich gemacht werden, die Schichtzahl für die Zeit von 24 Stunden von 8 auf 2 herabzusetzen, wodurch eine jährliche Ersparnis von 800 Millionen Francs erzielt würde.

Ungarns Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund.

Wien, 8. September. Die Frage der Aufnahme Ungarns wurde gestern im 6. Ausschuss des Völkerbundes, der für die Erledigung der politischen Fragen zuständig ist, verhandelt. Es wurde ein Unterausschuss gebildet, der die Aufgabe hat, genau zu untersuchen, ob Ungarn die Bedingungen des Artikels 1 erfüllt, der die Aufnahme eines neuen Staates davon abhängig macht, ob er frei regiert wird und effektive

Garantien einer aufrichtigen Absicht zur Beobachtung seiner internationalen Verpflichtungen bietet, und ob er, was seine Streitkräfte und Rüstungen anbelangt, die vom Völkerbund errichtete Ordnung annimmt. Der endgültige Bericht des Hauptausschusses bedarf dann der Genehmigung der Versammlung, wodurch die Aufnahme oder Ablehnung der betreffenden Regierung rechtskräftig wird.

Neue amerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft.

Newyork, 8. September. Nach einer Meldung des Newyork Herald wird beabsichtigt eine amerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft mit einem Kapital von 80 Millionen zu bilden, die zwei elektrisch betriebene Dampfer bauen wird. Jeder davon soll 70000 Bruttotonnen fassen und 304 Meter lang sein. Der Plan wird die finanzielle Unterstützung des Schiffahrtsamts erhalten.

Das griechisch-türkische Krieg.

London, 8. September. Das Reutersbüro meldet aus Konstantinopel zu der Nachricht, daß der griechische Oberbefehlshaber Trikudis, sein Stab und sein Korpskommandant gefangen genommen seien, man habe es für möglich gehalten, daß sie in die Hände von türkischen Irregulären gefallen seien. Nach einer weiteren Reutersmeldung seien Trikudis und verschiedene andere griechische Generale am Abend des 2. September von türkischen Truppen gefangen genommen und nach dem Hauptquartier der kemalistischen Streitkräfte gebracht worden.

Paris, 8. September. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Konstantinopel bestätigt es sich, daß der griechische Oberbefehlshaber Trikudis am Abend des 2. September von Kemalisten in der Umgegend von Uşak gefangen genommen worden ist.

Paris, 8. September. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Adana ist die griechische Söldarmee von kemalistischen Truppen in der Gegend von Salihli umzingelt und dem Vernehmen nach trotz ihres Widerstandes gefangen genommen worden. Die türkische Vorhut befindet sich nur noch rund 40 Kilometer von Smyrna entfernt.

Paris, 8. September. Die Agence Havas meldet aus Konstantinopel: Die Dragomanen Frankreichs, Englands und Italiens haben der Regierung von Ankara mitgeteilt, Griechenland würde die Räumung von Kleinasien unter der Bedingung des sofortigen Abzuges eines Waffenstillstandes annehmen. Im Falle der Annahme würden die Parlamentäre in einer neutralen Zone zusammenkommen, um die Bedingungen festzusetzen.

London, 8. September. Das Reutersbüro meldet aus Smyrna: Admiral Brook hat verschiedene Kauffahrtschiffe der englischen Privatbevölkerung zur Verfügung gestellt. Die etwaige Einschiffung wird durch Herküler beschränkt. Die Franzosen und Italiener haben zum Schutze ihrer Untertanen Marinegruppen gelandet. Griechische Truppen aus Thracien und venizelistische Offiziere sind eingetroffen. Man hofft, daß infolge dessen dem Vormarsch der türkischen Truppen Widerstand entgegengesetzt werden wird. Nach einer anderen Reutersmeldung aus Smyrna machen die Griechen Anstrengungen, um eine Verteilung zu organisieren. Der griechische Kriegsminister und der neue Generalstabschef sind eingetroffen. Die Städte Cassaba und Magnesia stehen in Flammen. Britische Marinegruppen sind gelandet worden und haben das Gaswert und das Gebäude der türkischen Nationalbank besetzt.

Kirchennachrichten.

- St. Nicola. 18. nach Trinitatis, den 10. September: vorm. 9 Uhr Hauptgottesdienst; vfr. Dertel. vorm. 11 Uhr Kindergottesdienst; vfr. Dertel; vorm. 12 Uhr Abendgottesdienst der Taubstummen an der Prinzenhöfchen; nachm. 4 1/2 Uhr Jugendgottesdienst des 2. Bezirkes; vfr. Dertel; nachm. 4 1/2 Uhr Frauen; abends 4 1/2 Uhr Jungfrauen-Verein; abends 8 Uhr Jungmännerverein. Montag, den 11. September: abends 4 1/2 Uhr Vokalchorprobe; abends 8 Uhr Kirchenchorprobe. Dienstag, den 12. September: abends 8 Uhr Männerchor. Mittwoch, den 13. September: abends 8 Uhr Bibelstunde im großen Pfarrhaus; vfr. Dertel. Donnerstag, den 14. September: abends 8 Uhr Männerabend und Christl. Verein junger Männer. Freitag, den 15. September: abends 8 Uhr Vorbereitung für Kindergottesdienst; vfr. Dertel. Friedenskirche. 18. Sonntag nach Trin.: 9 Uhr Hauptgottesdienst, Beichte und Abendmahl. 11 Uhr Unterredung. Mittwoch, den 13. September: 8 Uhr Beichtstunde, Beichte und Abendmahl.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Krenthol. Druck und Verlag: Neue Druck- und Verlags-Gesellschaft m. b. H. Aue.



und zeitweise garnicht zu haben. Da empfiehlt es sich, anstelle der teuren Eier Dr. Oster's Milchweiß-Pulver zu verwenden. Dies ist natürliches, aus der Milch gewonnenes Eiweiß, ist nahrhaft und leicht bekömmlich, und eignet sich vorzüglich zur Bereitung von Pfannkuchen, Klößen, Kuchen, Torten u. s. w. Man verlange unbedingt das Rezeptbuch „C.“ in den Geschäften. Wenn vergriffen, schreibt man eine Postkarte an: Dr. A. Oster, Siefeld.

